



Anfang des Jahres starb die elfjährige Chantal in Hamburg an einer Methadonvergiftung. Ihre Pflegeeltern waren drogenabhängig

Kinderbett mit Rutsche, das sicher irgendwann irgendein Amt bezahlt hat. So ist das halt. Die persönlichen Unterlagen werden nirgendwohin nachgeschickt. Wohin auch? Die Degewo hat ja keine Adresse. Das alte Jugendamt, inzwischen von den ehemaligen Helfern informiert, ist nicht mehr und ein neues noch nicht zuständig.

Melanie S. ist inzwischen schwanger mit dem vierten Kind. Die Wohnung bei Matthieu K. ist klein. Das Geld ist knapp.

Vier Monate nach Zoes Tod präsentiert das Jugendamt Pankow bei einer Anhörung im Berliner Abgeordnetenhaus seine Ergebnisse zum „Fall Zoe“. Es kommt zu dem Schluss, dass es keinerlei individuelles, organisatorisches oder strukturelles Versagen gab. Alle „Standards“ sind eingehalten worden. Die Akte ist gut geführt. Alle haben ihre Pflicht getan. Nur dass am Ende ein Kind tot war.

Die Abgeordneten haben keine weiteren Fragen. Sie loben das Jugendamt des Bezirks für die gründliche Aufarbeitung und den „Mut“, „externe“ Experten die Akten einsehen zu lassen.

Die eine „externe“ Expertin ist die Leiterin des benachbarten Jugendamts, welches einen Großteil seiner Familienhilfe über den zu untersuchenden freien Träger Independent Living abwickelt. Der hatte auch Zoes Familie betreut. Die zweite Prüferin ist Mitarbeiterin eines freien Trägers, der seine Aufträge fast ausschließlich vom Jugendamt bekommt. Einen Interessenkonflikt sieht niemand. Das System prüft sich selbst und findet keinen Fehler.

Dass der Staatsanwalt gegen führende Mitarbeiter von Independent Living ermittelt, und zwar wegen Betrugs – im Abgeordnetenhaus stört das niemanden. Oder es weiß keiner. Es fragt aber auch keiner. Zoe sei ein tragischer Einzelfall, ist man sich einig. Alles kann man nicht verhindern. Die Abgeordneten loben sich selbst für das Berliner „Netzwerk Kinderschutz“, das vor einigen Jahren ins Leben gerufen wurde, weil die Kindesmisshandlungen, -vernachlässigungen und -tötungen überhandnahmen.

Aber Zoe ist kein tragischer Einzelfall. Es gibt zu viele Zoes in Deutschland. Der Staat muss die Kinder schützen, im Zweifel auch vor ihren Eltern. Unter anderem dafür gibt es Jugendämter.

Doch „vom Jugendamt betreut“ heißt schon lange nicht mehr: vom Jugendamt betreut. Zwar diskutiert man in vielen Ländern und Kommunen, dass die Müllabfuhr oder das Wasser nicht privatisiert werden sollen. Den Schutz für die Schwächsten aber hat man schon lange „outsourct“ und dem Wettbewerb anheimgestellt. Das Jugendamt soll nur noch „steuern“. Und zahlen.

Das System ist außer Kontrolle geraten. Das sagen Rechnungshöfe, das sagen Behördenchefs, das sagen Experten. Die öffentliche Hand hat den Überblick verloren, gibt auch der Bezirksbürgermeister von Neukölln, Heinz Buschkowsky, zu. In keinem anderen Bereich wird so viel öffentliches Geld ausgegeben, und nirgendwo weiß man so

wenig darüber, wo es bleibt, was dafür geleistet wird und was es bringt.

Mehr als 400 Millionen Euro pro Jahr reicht allein Berlin für Hilfen zur Erziehung an rund 780 freie Träger weiter. Die fluten die Rathäuser mit bunten Broschüren, um Klienten zu akquirieren. Darin ist von „Perspektiven“ die Rede, von „mobil“ und „aktiv“ und „Neuanfang“. Viele sind gut, manche schlecht, und von vielen weiß man es einfach nicht. „Kein Mensch kann die alle kontrollieren“, sagt Buschkowsky.

Geldgeber sind immer die Jugendämter, von deren Fallzuweisungen die Träger abhängig sind. Die Ämter haben zu wenige Leute, zu viele Fälle, zu viel Bürokratie. Schon bei der Erstellung des Hilfeplans sind sie auf die Träger angewiesen – und müssen aufs Budget achten. Offizielle Auftraggeber sind die Hilfebedürftigen selbst, die sich die Helfer aussuchen dürfen, aber im Zweifel auch wieder wegschicken. Das zwingt auch die Träger zu einem Spagat in alle Richtungen: Wer seine Leute fest anstellt, muss dafür sorgen, dass sie zu tun haben. Wer das Jugendamt kritisiert, läuft Gefahr, nicht wieder „belegt“ zu werden, wer die Klienten kritisiert oder ihnen mit Anforderungen zu sehr auf die Nerven fällt, läuft Gefahr, den Auftrag zu verlieren. Wenn man nun, beispielsweise, erkennt, dass Kinder aus einer Familie herausgenommen werden müssten, gerät man in einen Interessenkonflikt: Sind die Kinder weg, ist auch der Auftrag weg. Nicht immer geht dieser Konflikt zugunsten der Kinder aus.

Die Träger sind zum Teil gemeinnützig, zum Teil gewinnorientiert, gelegentlich aber wird das eine durch das andere verschleiert. Dass man mit Sozialarbeit auch reich werden kann, bewies 2010 der Berliner Harald Ehlert, der es als Chef der „Treberhilfe“ zu Maserati, Millionen und Haus am See brachte. Er verdiente doppelt so viel wie die Bundeskanzlerin und fand, dass ein „Sozialunternehmer“ angemessen bezahlt werden müsse. Berlin – arm, aber sexy – war geschockt, aber Ehlert handelte offenbar im Rahmen des Erlaubten. Bisher jedenfalls hat die Staatsanwaltschaft ihm noch nichts nachweisen können, was zu einer Anklage geführt hätte.

Ende September 2011 wurde Zoes Familie dem Jugendamt „bekannt“. Wie genau, ist unklar, offizielle Auskünfte gibt es nicht, denn es unterliegt, wie fast alles in der Jugendhilfe, einem Gesetz des Schweigens, das der Mafia Respekt abnötigen würde.

Es gibt viele Fragen und keine Antworten, aber noch schlimmer ist: Es gibt viele Fragen überhaupt nicht. Denn um die richtigen Fragen zu stellen, muss man wissen, was vorher war, was schon getan wurde und was schon alles nicht funktioniert hat. Jedes Auto hat eine elektronische Fallakte. Wer in Marzahn ohne TÜV damit herumfährt, kann nicht einfach nach Charlottenburg ziehen, und alles ist vergessen. Bei Kindern ist das anders.

Für das Jugendamt Pankow war Melanie S. ein unbeschriebenes Blatt. „Es gab keine Übernahme aus einem Jugendamt“, heißt es extra fett gedruckt in dem Bericht, sondern den Neubeginn einer Hilfe.

Geschüttelt, geprügelt, gequält

Anzahl von Misshandlungen bei Kindern und Jugendlichen unter 14 Jahren, die polizeilich bekannt wurden

INFOGRAFIK QUELLE: BUNDESKRIMINALAMT, PKS 2011

